

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

über dem Jahr 2023 steht der Begriff Hoffnung. Für immer mehr Menschen weltweit haben die Krisen der letzten Jahre zu einer drastischen Verschlechterung der persönlichen Situation geführt. Die pandemische Krise scheint soweit überwunden – nicht aber die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen. Teilen der Wirtschaft steht das Wasser immer noch bis zum Hals. Insolvenzen und Geschäftsaufgaben häufen sich.

Die Pandemie hat auch etwas mit unserer Gesellschaft gemacht. Insbesondere die Jugend hat sehr unter der Isolation gelitten und braucht nun unsere ganze Aufmerksamkeit.

Der furchtbare Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist allgegenwärtig. Nur eine Tagesreise von Deutschland entfernt sterben täglich Menschen in einem sinnlosen Krieg, Millionen Geflüchtete sind auf der Suche nach Sicherheit. Bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung kommt es wieder verstärkt auf das Ehrenamt an – die Bundesländer und ihre Kommunen werden zu wenig vom Bund unterstützt.

Wir alle spüren ganz direkt die Auswirkungen dieses Krieges. Verbraucherpreise sind zum Teil erheblich gestiegen. Abschlagszahlungen für Energie werden zur monatlichen Herausforderung für Familien und Alleinstehende sowie für energieabhängige Unternehmen.

Hinzu kommt, dass sich die Welt inmitten einer existenziellen Klimakatastrophe befindet, die keine Sekunde Aufschub zulässt.

Bund, Länder und Kommunen sind mehr denn je gefordert, gemeinsam Lösungen aus den Krisen heraus zu finden und die richtigen Strategien für erfolgreiche Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Hiervon ist auch unser Haushalt 2023 und unsere Finanzplanung bis 2026 betroffen.

Unsere Gemeinde ist in vielen Bereichen sehr engagiert und auf einem guten Weg. Die Bedarfe für die Betreuung unsere kleinsten Einwohnerinnen und Einwohner werden jährlich aufwendig und zielgenau ermittelt. Es wird alles dafür getan, qualitativ hochwertige Betreuungsangebote so zeitnah wie möglich bereitzustellen. Der Ausbau des Kindergartenangebots ist die notwendige Reaktion auf die Erschließung von neuen Wohngebieten und die Ansiedelung von Familien mit Kindern. Die Gemeinde investiert hierbei viel Geld in die Infrastruktur und konnte hierbei auch erfolgreich bewilligte

Fördermittel vom Bund und Land einfließen lassen. Die Gemeindeverwaltung hat enorm viel erreicht und verdient unser aller Dank.

In einem unserer Anträge haben wir skizziert, dass die Entwicklung der Einwohnerzahl und damit der Anteil junger Menschen, die Personalkosten für die Betreuung spürbar nach oben schnellen lassen. Hierbei gibt es wenig Ermessensspielraum, da sich die Gemeinden in absehbarer Zeit auf den gesetzlichen Rechtsanspruch einstellen werden müssen.

Unsere wachsende Gemeinde muss unserer Meinung nach, neben der Infrastruktur, auch das notwendige Personal finden, einstellen und bezahlen können. Dies ist bereits heute ein massives Problem, da es kaum Fachkräfte gibt und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt groß ist. Die Finanzierbarkeit dieses Haushaltspostens wird sehr bald zur großen Herausforderung. Bis 2026 werden die Personalkosten der Gemeinde auf bis zu 3,9 Mio. Euro anwachsen – bei rund 12,6 Mio. der Ausgaben im Gesamtergebnishaushalt ein enormer Anteil.

Beim Thema Wohnen muss unsere Gemeinde einen Weg finden, der großen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum zu begegnen. Wir sind der Ansicht, dass dies nicht nur durch die Erschließung neuer Wohngebiete, sondern auch durch Verdichtung im Inneren erfolgen kann – vielleicht sogar muss. Wir haben hierzu beantragt, dass die Verwaltung dem Gemeinderat künftig möglichst genau die Wohnbedarfe aufzeigen und dabei auch die mittel- und langfristigen Kosten, beispielsweise die Personalkosten für die Kinderbetreuung darstellen soll. Wir sollten die Frage stellen, ob wir uns die Erschließung eines neuen Wohngebiets auch mittel- und langfristig leisten können?

Als Fraktion möchten wir unbedingt dafür sorgen, dass uns die Folgekosten für Infrastruktur und Personal nicht überfordern und wir in naher Zukunft vermeidbare Einschnitte in unsere Leistungen vornehmen müssen.

Nachtragshaushalte sind aus unvorhersehbaren Gründen nicht immer zu verhindern – allerdings wären sie bei planerischer Vermeidbarkeit für uns nicht akzeptabel. Deshalb denken wir als Fraktion Gingener Liste e.V. beim Thema Schullandschaft an eine angemessene jährliche Rücklage, die die Gemeinde ab sofort bilden sollte. Das „ob“ der Kostenbeteiligung wurde zwischenzeitlich verwaltungsgerichtlich geklärt. Neben Zahlungen für die Daniel Straub Realschule müssen die Umlandgemeinden ggf. auch für weitere Generalsanierungen in Süßen und Geislingen eintreten. Auch wenn die Frage der Höhe der Beteiligung offen ist, empfehlen wir die Prüfung einer moderaten Rücklage. Diese ist keinesfalls als Zahlungszusage in Richtung der

Schulträgerkommunen zu werten – vielmehr entspräche es unserer Verantwortung, die wir als Nutzer/in gegenüber den Schülerinnen und Schülern unserer Gemeinde sehen. Hierzu sollte jedes Gesprächsformat mit den anderen Gemeinden genutzt werden.

Bei der Haushaltseinbringung Ende Januar haben Bürgermeister und Kämmerer auf den immer kleiner werdenden finanziellen Spielraum der Gemeinde hingewiesen. Unsere Finanzen seien dennoch geordnet, leistbar und finanzierbar – „wir werden uns nicht übernehmen“, hieß es.

Die Fraktion Gingener Liste e.V. trägt diese Annahmen grundsätzlich bis zu einem gewissen Grad mit, insbesondere dann, wenn unser Haushalt nachhaltigtragfähig geplant wird. Die Abhängigkeit von Fördertöpfen kann uns allen nicht gefallen. Unsere Projekte müssen grundsätzlich auch ohne Förderung auskommen. Zuschüsse aus Bund und Land sollten uns „on top“ entlasten. Die Bezuschussung für die neue Hohensteinhalle in Höhe von rund 3,3 Mio. Euro war im vergangenen Jahr ein großer Erfolg und sehr erfreulich. Auf dem Weg dahin waren aber Einschnitte in andere wichtige Projekte, nämlich des Kindergartenausbaus und der Ortskernsanierung per Nachtragshaushalt notwendig. Lange wusste niemand, ob und wie hoch eine Bezuschussung aus den Töpfen der Ganztagesbetreuung, dem Ausgleichsstock oder der Sportförderung ausfallen würde. Eine unangenehme Situation, die künftig vermieden werden sollte.

Die Gemeinde hat für eine Berücksichtigung aus dem Ausgleichsstock ihre Hausaufgaben gemacht. Es mussten teils empfindliche Maßnahmen beschlossen werden, wie beispielsweise die Erhöhungen der Grundsteuern und der Gewerbesteuer. Aus unserer Sicht kam die Erhöhung der Gewerbesteuer zum falschen Zeitpunkt – das Gewerbe hat sich in einem offenen Brief besorgt gezeigt und gegen eine Erhöhung ausgesprochen – leider ohne Erfolg. Damit wird es nicht einfacher, Gingen als attraktiven Gewerbestandort zu empfehlen. Die Neuansiedelung und das Halten von Handwerkern, Handel, Versorgern und Dienstleistern wird schwerer werden. Uns gefällt natürlich nicht, dass bei der Haushaltseinbringung, mit Blick auf den anstehenden Antrag von Zuschüssen aus dem Ausgleichsstock, weitere Erhöhungen der Gebühren und Steuern angekündigt wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren, begonnen habe ich unsere Stellungnahme mit der Annahme, dass das Jahr 2023 auch das Jahr der Hoffnung sein könnte. Bezogen auf unseren Haushaltsentwurf und die weitere Planung sind wir als Fraktion kritisch – ja, unsere Hoffnung ist schon deutlich eingetrübt. Schon die

Aussage unseres Kämmerers hinsichtlich der Steuerschätzung aus dem vergangenen November hat uns aufschrecken lassen. Sollte diese schlechter als erwartet ausfallen, könnte dies einen Nachtragshaushalt zur Folge haben.

Unsere Skepsis ergibt sich aber auch aus den Haushaltszahlen und den Eckdaten selbst.

Für einen regelkonformen Haushalt muss das ordentliche Ergebnis im Gesamtergebnishaushalt innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden. Nach drei negativen Jahren wird für 2023 ein Minus von rund einer Mio. Euro angenommen. Für die kommenden zwei Jahre steht bislang nur ein sanftes Plus (2024: 33tsd. Euro; 2025: 56tsd. Euro).

Wie bereits erwähnt, zählen die Personalkosten zu den größten Ausgabenfaktoren. Für 2023 liegen diese bereits bei rund 3,5 Mio. Euro. Unser Kämmerer hat bei der Einbringung des Haushalts darauf hingewiesen, dass die aktuell laufenden Tarifverhandlungen und die Forderungen der Arbeitnehmerseite in dieser Höhe nicht in den Haushalt eingepreist wurden. Unserer Ansicht nach sollte sich der Gemeinderat heute für eine Stärkung unserer Tarifbeschäftigten aussprechen. Für diese Beschäftigtengruppe besteht keine Möglichkeit der Beförderung. Wir reden über die „Geringverdiener“ im öffentlichen Dienst, ohne die aber in der Praxis nichts funktioniert. Eigentlich müssten wir froh sein, dass sich durch die jetzt stattfindende Tarifverhandlung die Chance zur Stärkung dieser Gruppe ergibt und man damit einen angemessenen Ausgleich für die dramatisch angestiegene Inflation finden könnte.

Auch Oberbürgermeister Boch aus Pforzheim hat dies heute treffend in den Medien gesagt. Sein Statement ist nicht nur ehrlich, sondern auch mutig.

Hierzu sollten auch entsprechende Mittel vorausschauend eingestellt sein. Wir bitten dies im Anschluss bei der Antragsberatung separat aufzurufen und über die Möglichkeiten zu diskutieren. Es geht im weitesten Sinne auch um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit als Arbeitgeber. Dieses Anliegen teilen auch andere Fraktionen.

Weiterer Belastungspunkt ist die Kreisumlage. Nach Einschätzung unserer Verwaltung ist mittelfristig mit keiner Entlastung bei der Kreisumlage zu rechnen.

Die Kreditaufnahmen müssen aufgrund der Veränderungen von Investitionstätigkeiten von 3,9 Mio. Euro auf nun über 4 Mio. Euro bis 2026

erhöht werden. Hierbei ist die Entwicklung des Zinsniveaus von großer Bedeutung. Auch die öffentliche Hand finanziert zwischenzeitlich zu deutlich ungünstigeren Zinsen.

Zusammengefasst stehen uns deutlich mehr Ausgaben als Einnahmen bevor. Die Investitionen sind glücklicher Weise soweit gesichert. Wir hoffen inständig, dass es keines Nachtragshaushalts bedarf.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Verwaltung hat immer wieder auf die Konsequenzen eines längerfristigen unausgeglichenen Haushalts hingewiesen. Als unangenehmes Mittel für den Ausgleich des Haushalts kommen im schlimmsten Fall auch Streichungen von „Freiwilligkeitsleistungen“ in Frage. Wir reden dabei beispielsweise über das VHS-Angebot, das Schwimmbad oder die Bücherei.

Auch wenn solche Leistungen nicht für selbstverständlich angenommen werden können, sollten wir alle gemeinsam für den Erhalt jeder freiwilligen Leistung kämpfen. Wir würden es für sehr bitter halten, wenn die Gemeinde zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses Angebote für unsere Bürgerschaft streichen müsste, die bislang zu einer gewissen Attraktivität unserer Gemeinde beigetragen haben.

Die Fraktion Gingener Liste e.V. wird in den kommenden Jahren Investitionen in die Zukunft unterstützen. Dabei steht die Nachhaltigkeit im Vordergrund. Maßnahmen müssen auch mittel- und langfristig gerechnet werden. Wir werden weiterhin bei der Prüfung von Ausgaben folgende Aspekte besonders berücksichtigen: soziale Gerechtigkeit, Verantwortung für nachfolgende Generationen, Umweltschutz, Erhalt des dörflichen Charakters unserer Gemeinde, Stärkung des örtlichen Handels und Gewerbes, Vereinsförderung sowie die gerechte Bezahlung und Förderung unserer Beschäftigten.

In diesem Sinne haben wir unsere zahlreichen Anträge formuliert und eingereicht, auf die wir gerne im Anschluss detailliert eingehen werden.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den vielen Ehrenamtlichen sowie den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten für ihr Engagement im Sinne unserer Gemeinde.

Für Ihre Aufmerksamkeit bedanken sich die Mitglieder der Gemeinderatsfraktion Gingener Liste e.V.

Matthias Hofmann und Jürgen Engel